

N.

Termine:

2.12.
13.6.
7.8.

Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg

Rückerstattungssache

*Rücknahme berücksichtigt
Blatt 14 d. A.*

Antragsteller

Erben nach Johanna Rappolt geb. Oppenheim ~~Wahlloß~~

Bevollmächtigter:

RA Dr. ~~Hans~~ Scherzberg pp. Hamburg 11, Alsterwoll 32
346355

Vollmacht: Blatt 12 u. 13 d. A.

Erbschein: Blatt 10 d. A.

unrech. Fiktionschein (vom 9.10.1945)

Testamentsvollst. Dr. Morris Samson, Hamburg 1
Monchebergstr. 13

Test. Vollst. Zeugnis: Bl. 14 d. A. Aufgehoben! S. 14, 11 d. A. ¹⁸

gegen

Deutsches Reich

— Oberfinanzdirektion Hamburg —

Az.: 6/701-702-248-BV ^{45/457} Antragsgegner

Betr. Rückerstattung: Hausrat

Entscheidungen: Blatt

Wertfestsetzung: Blatt

Weggelegt 19

— Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

LEITZ
Schnellhefter
Rapid

bei Amtshaltung

A Z 23176

24650

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Hamburg 36, den 22. Juni 1961
Sievekingplatz 1, Ziviljustizgebäude

Geschäfts-Nr. 2 23 176

Fernsprecher 34 10 9 2597
Behördennetz 43 (")

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Beschluß

In der Rückerstattungssache

- 1) Dr. Alice Lilly R a p p o l t , 68 East End Avenue, Chicago 49,
- 2) Erich Paul Rappolt, angeblich jetzt Eric Gordon Rigby genannt,
"Sannox", Marsh Lane, London N.W 7, England,
- als Erben zu je einem Halb nach
Johanna R a p p o l t geb. Oppenheim - Antragsteller,

Bevollmächtigter: Rechtsanwälte Dres. Scherzberg, Buch, Scherzberg,
~~Zweckungsberechtigter~~ Joost, Hamburg 11, Alterwall 32,

gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, Verfahrensvertreterin Oberfinanzdirektion, Hamburg,
Hamburg 13, Harvestehuder Weg 14,
Aktenzeichen: 6/701-702 - UA 8 - BV 45/451 -

Antragsgegner,

Ist eine gütliche Einigung über

Hausrat

nicht zustande gekommen.

2. Aust. - Zust. Absendg.
26. JUNI 1961
10 AM

Das Wiedergutmachungsamt verweist deshalb die Sache an die
Wiedergutmachungskammer — Landgericht Hamburg (Art. 55 REG).

Vermerk f.d. Kammer:
Vollmachten Bl. 12 u. 13 d.A.
Erbschein Bl. 19 d.A.

Borgmeyer
Landgerichtsrat

Für die richtige Ausfertigung:

Justizangestellter

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



Termine:

22. 8-10-76, 22. 11-76

Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer **2**

Rückerstattungssache

1.) Dr. Rappolt Alice Lilly

2.) Rigby Eric Gordon

als Eltern je 1/2 nach Johanna Rappolt geb. Oppenheim

Berechtigte

Bevollmächtigte

Dr. Hans Schaubert, Rechtsanwalt Hamburg

Vollmacht Bl. 12 u. 13 d. A

gegen

H. Reich - Obermannsdirektion - 6/701-702 - W 8 - BV 45/451 -

Rückerstattungs-
pflichtige

Bevollmächtigte:

Vollmacht Bl.

Betr. Rückerstattung:

Hainrat

Wertfestsetzung Bl.

Weggelegt: 1967

- Aufzubewahren: - bis einschl. 1996

- dauernd -

2 WiK 261/61

23 176

**von rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen gegen das Deutsche Reich
und gleichgestellte Rechtsträger*)**

**Indesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter
Rechtsträger**

(Bundesrückerstattungsgesetz – BRüG –)
vom 19. Juli 1957

2
ZA 10

Verwaltungsamt
für innere Restitutionen
Az.: H 21 575

Stadthagen, 21. Sept. 1959
Obernstrasse 29

Siehe Akten Z 1794

An das
Wiedergutmachungsamt beim Landgericht
H a m b u r g



Der in der Anlage beigefügte Antrag, der sich auf
Vermögen in Hamburg

bezieht, wird nebst dem dazugehörigen Schriftwechsel zur
Bearbeitung übersandt.

Es wird gebeten, den Empfang auf dem anhängenden Vordruck
zu bestätigen, der nach Unterzeichnung abzutrennen und
hierher zurückzusenden ist.

Bestätigung an ZA

I.A.

ab

20. SEP. 1959 *[Signature]*

k) Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist: (Erbfolge, Abtretung u. dgl.)

Testamentsvollstrecker des Nachlasses
Johanna Rappolt

Nach § 1 BRüG findet das Gesetz Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen das Deutsche Reich einschließlich der Son-
dervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost.

Das Gesetz findet ferner Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen 1. das ehem. Land Preußen, 2. das Unternehmen
Reichsautobahnen, 3. die ehem. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), deren Gliederungen, deren angeschlossene
Verbände und die sonstigen aufgelösten NS-Einrichtungen, 4. die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und den Auswanderungs-
rat, Böhmen und Mähren.

Anmeldung

von rückerstattungsrechtlichen Geldansprüchen gegen das Deutsche Reich und gleichgestellte Rechtsträger*)

Bundesgesetz zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter
Rechtsträger

(Bundesrückerstattungsgesetz – BRüG –)
vom 19. Juli 1957

(Bundesgesetzbl. I S. 734)

A. Personalangaben

1. Personalangaben des Antragstellers

- a) Familienname Dr. S a m s o n
(bei Frauen auch Geburtsname)
- b) Vorname Morris
- c) jetzt wohnhaft Hamburg 1, Mönckebergstrasse 13
- d) Geburtsdatum und Ort
- e) Staatsangehörigkeit
- f) Beruf Dr. jur. Rechtsanwalt
- g) Wohnort (ständiger Aufenthalt) Hamburg
im Zeitpunkt der Entziehung
- h) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Antragstellers im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik
Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933
bis 8. Mai 1945 Hamburg
- i) Wohnsitz im Jahre 1948 Hamburg
- k) Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist: (Erbfolge, Abtretung u. dgl.)

Testamentsvollstrecker des Nachlasses
Johanna Rappolt

*) Nach § 1 BRüG findet das Gesetz Anwendung auf rückstattungsrechtliche Ansprüche gegen das Deutsche Reich einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost.

Das Gesetz findet ferner Anwendung auf rückerstattungsrechtliche Ansprüche gegen 1. das ehem. Land Preußen, 2. das Unternehmen Reichsautobahnen, 3. die ehem. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), deren Gliederungen, deren angeschlossene Verbände und die sonstigen aufgelösten NS-Einrichtungen, 4. die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und den Auswanderungsfonds Böhmen und Mähren.

1) Verfahrensbevollmächtigter:

Dres. Kersten, Scherzberg, Buch, Scherzberg, Joost,
Hamburg 11, Alterwall 32

Vermerk: Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, ist Bestellung eines Verfahrensbevollmächtigten (hierunter ist nicht notwendig ein Anwalt, sondern lediglich eine prozeßfähige Person zu verstehen) wünschenswert der vor den Wiedergutmachungsbehörden verbindliche Erklärungen abgeben bzw. Vergleichsverhandlungen führen kann.

2. Personalangaben des Geschädigten

(nur auszufüllen, wenn Antragsteller nicht personengleich mit dem Geschädigten ist)

a) Familienname

Rappolt geb. Oppenheim

(bei Frauen auch Geburtsname)

b) Vorname

Johanna

c) zuletzt wohnhaft

Hamburg

d) Geburtsdatum und Ort

23.12.1870 Hamburg

e) Sterbedatum und Ort

15.11.1942 Konzentrationslager Theresienstadt

f) Staatsangehörigkeit

deutsch

g) Beruf

entfällt

h) Verwandtschaftsverhältnis zu dem Antragsteller

entfällt

i) Miterben (Name und Anschrift)

Es besteht Testamentsvollstreckung

k) Wohnort (ständiger Aufenthalt) im Zeitpunkt der Entziehung

entfällt

l) Wohnsitz oder Aufenthalt oder geschäftliche Hauptniederlassung des Geschädigten oder eines Miterben im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in den jetzigen Westsektoren von Berlin zu irgendeinem Zeitpunkt während der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945

Hamburg

m) Wohnsitz im Jahre 1948

entfällt

B. Beschreibung der vom Deutschen Reich oder gleichgestellten Rechtsträger entzogenen feststellbaren Vermögensgegenstände

(Falls der Platz nicht ausreicht, sind Anlagen zu verwenden)

1. Bankguthaben

a) Art des Kontos (Sparguthaben oder laufendes Konto)

b) Anschrift der Bank und der Depositenkasse

c) letzter Saldo?

d) Ist Kontoauszug vorhanden?

2. Wertpapiere

a) Angabe der Wertpapiere

b) Angabe der Bank und der Depositenkasse

c) ob

I) ohne Entgelt eingezogen

II) Zwangsablieferung

III) wenn II), welche Zahlung

IV) an welcher Stelle abgeliefert

wofür ist die Ablieferung erfolgt

V) bei Reichsschatzanweisungen:

zwangsgetauscht gegen welche Wertpapiere

d) Ist Depotauszug vorhanden

3. Gold, Silber, Schmuckgegenstände

a) abgelieferte Gegenstände:

b) Ablieferung an Pfandleihanstalt:

Stadt/Adresse angeben

c) ob

I) ohne Entgelt eingezogen?

II) Zwangsablieferung?

Ist Ablieferungsquittung vorhanden?

III) wenn II), welche Zahlung?

4. Pelzwaren, Radio und sonstige elektrische oder optische Geräte

a) Was ist abgeliefert? (Wertangabe erforderlich)

b) Ablieferung an

5. Hausrat

a) Bezeichnung der Gegenstände

wird nachgereicht

b) Ortsangabe

Hamburg

6. Litte

a) Inhalt des Liftes

b) Name und Anschrift des Spediteurs oder Lagerhalters

7. Sonstige entzogene Vermögensgegenstände, z. B. Hypotheken, Versicherungsansprüche, Kraftfahrzeuge

a) Art des Vermögens

b) Ablieferung an

c) ob

I) ohne Entgelt eingezogen?

II) Zwangsabgabe?

III) Wenn II, welche Zahlung?

C. Sonstige rückerstattungsrechtliche Geldansprüche nach dem BRÜG, soweit sie nicht aus der Entziehung der unter B genannten Vermögensgegenstände herrühren.

entfällt

D. Darstellung der Entziehungsvorgänge

1. Zeitpunkt der Entziehung

1943

2. Belegenheit des entzogenen Vermögensgegenstandes im Zeitpunkt der Entziehung

Hamburg

Waren die entzogenen Vermögensgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung außerhalb des Bundesgebiets oder Berlin (West) belegen und sind sie nach der Entziehung in diese Gebiete gelangt, so ist anzugeben, welche Beweismittel für die Verbringung in das Bundesgebiet oder nach Berlin vorliegen.

entfällt

3. Durch welche der in § 1 BRÜG genannten Rechtsträger ist die Entziehung erfolgt?

Deutsches Reich

E. 1. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Rückerstattungsansprüche angemeldet worden? Wenn ja, Angabe der Anmeldestelle und des Aktenzeichens.

nicht wegen der Entziehung von Hausrat, wohl aber wegen der Vereinnahmung ^{eines} Versteigerungserlöses WGA V/Z 1794 -6-

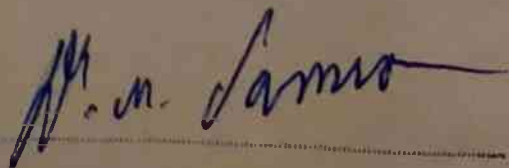
2. Sind wegen der unter B und C angegebenen Vermögensgegenstände bereits Entschädigungsansprüche geltend gemacht worden? Wenn ja, Angabe des Entschädigungsamts und des Aktenzeichens.

Amt für Wiedergutmachung, Hamburg 36, Drehbahn 54
Familienakte 120568 -8-

~~Vorhandene Unterlagen - Listen, Versteigerungsprotokolle, Bescheinigungen der Pfandkammeranstalt usw. - sind beizufügen, zweckmäßig nicht im Original sondern in beglaubigter Abschrift oder beglaubigter Fotokopie.~~
werden nachgereicht.

Ich versichere die obige Erklärung nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben zu haben.

Unterschrift:



Ort:

Hamburg

19. 12. 58

Datum:

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Hamburg 36, den 13. APR. 1961
Sievekingplatz 1, Ziviljustizgebäude

Geschäfts-Nr. 2 23176

V e r f ü g u n g

1. In der Rückerstattungssache

Erben nach Johanna Rappolt geb. Oppenheim

Antragsteller,

Bevollmächtigter: *RHE. Drs. Herstein, Kirspling, Brück, Kirspling, Forst,*
Hamburg 11, Alterwall 32
gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch den Bundesminister der Finanzen,
Verfahrensvertreterin: Oberfinanzdirektion Hamburg,
Hamburg 13, Harvestehuderweg 14,

Antragsgegner,

wird das förmliche Rückerstattungsverfahren wegen Entziehung
des folgenden Vermögensgegenstandes, nämlich

Kaufhat - gem. Anmeldung vom 19.12.1958 -

eröffnet.

2. Der Rückerstattungsanspruch ist gem. Art. 53 Abs. 1 REG dem
Antragsgegner durch Zustellung bekanntzugeben mit der Auf-
forderung, sich hierauf innerhalb von 2 Monaten zu erklären.

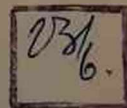
Hinzufügen ist die Anmeldung vom 19.12.1958.

3. Mitteilung von Ziffer 1) und 2) an Antragsteller *an d. B., dem Erbteilnehmer,*
den Bescheid über die Aufhebung der Testamentvollstreckung sowie die Vollmachten
des Erben für Mite zu reichen.
4. Wieder vorlegen nach Eingang, spätestens 2 Monate nach Zu-
stellung.

Ausgefertigt am
Gelesen am
Ab z. Zust./formlos (x)
am

13. Apr. 1961

18. APR. 1961



Landgerichtsrat

1
10
Abschrift in der Grundakte *Winkelschilde H. 1. 872/47*
Hamburg, den 1. Feb. 1951

AMTSGERICHT HAMBURG
Abteilung 76
Aktenzeichen:
76 VI 1097/47

Hamburg, den 2. Januar 1948
14

E R B S C H E I N

Am 15. November 1942

ist die Witwe Johanna R a p p o l t,
geborene O p p e n h e i m ,
geboren am 23. Dezember 1870 in Pöseldorf/Hamburg
in Theresienstadt mit Wohnsitz in Hamburg gestorben.
Es sind als Erben von je einem Halb der Erbschaft ausgewiesen:

- 1.) Alice Lilly R a p p o l t,
geboren am 17. Januar 1899 in Hamburg
- 2.) Erich Paul R a p p o l t,
angeblich jetzt Eric Gordon R i g b y genannt,
geboren am 25. Januar 1902 in Hamburg.

Testamentsvollstreckung ist angeordnet.

Das im deutschen Inland befindliche Vermögen der Erben unterliegt
der Sperre und Kontrolle nach Gesetz Nr. 52 der Militärregierung.

Das Amtsgericht
Abteilung 76
Eielsenberg
Landgerichtsdirektor

Vorstehende - z w e i t e - Ausfertigung wird

den Erben - hiermit erteilt.

Hamburg, den 19. April 1949

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



723176

(Geschäfts-Nr.)

V e r f ü g u n g

1. In der Rückerstattungssache

Erben nach Johanna Reppolt geb. Oppenheim,

Antragsteller,

Bevollmächtigter: *R.H. Bes. ~~Murphy~~ Kurzberg, Buch, Lohrberg, Post,
Hamburg 11, Alsterwall 32*
gegen

das D e u t s c h e R e i c h,
gesetzlich vertreten durch den Bundesminister für Finanzen,
Verfahrensvertreterin: Oberfinanzdirektion Hamburg,
Hamburg 13, Harvestehuderweg 14,

Antragsgegner,

~~wird das förmliche Rückerstattungsverfahren wegen Entziehung~~
des folgenden Vermögensgegenstandes, nämlich

*Kaisrat, wird das Platierrubrum Adhuc berichtet, daß als
Auftragsteller zu 1 u. 2 nimmend die im Erben vom 2. 1. 1948 (Nr. 76 VI 1087/47)
Ausgewiesenen Erben 1) Dr. Lilly A. Reppolt, Chicago/ILL./USA,
eröffnet. 2) Eric Gordon Rigby (fr. Emil Paul Reppolt), London,
aufzuführen sind.*

2. Der Rückerstattungsanspruch ist gem. Art. 53 Abs. 1 REG dem
Antragsgegner durch Zustellung bekanntzugeben mit der Auf-
forderung, sich hierauf innerhalb von 2 Monaten zu erklären.

Mitteilung vom Ref. 1) an OFD.

3. Mitteilung von Ziffer 1) ~~und 2)~~ an Antragsteller.

A.

- 4 5. Wieder vorlegen nach Eingang. ~~spätestens 2 Monate nach Zu-
stellung.~~

Angefertigt am 24. MAI 1961
Gelesen am 29. MAI 1961
Abgehandelt am

Landgerichtsrat

WGA-21-12.60-2000

Oberfinanzdirektion Hamburg

6/701-702 - UA 8 - BV 45/451

Fingegangen

(24a) Hamburg 13, den 26. Mai 1961

Harvestebuder Weg 14

Postfach

Tel. 44 12 91 / App. 39

Büro: Magdalenenstr. 64 a+b

20. MAI 1961

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

H a m b u r g 36

(mit zwei begl. Durchschriften)

Sievekingplatz

1/20 an KdA, Rkt b. 3. 4.

48. R.

Ausgefertigt am

Geben am

am 1. Juni 1961

1. Juni 1961

am 1. Juni 1961 der Rückerstattungssache

Z 23 176

Johanna Rappolt geb. Oppenheim ./.

Deutsches Reich

Nachlass

(RAe. Dres. Scherzberg pp.)

(OFD Hamburg)

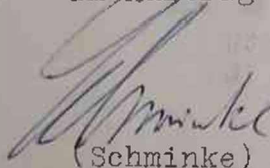
mögen die Antragsteller ihre Ansprüche substantiieren und für ihr Vorbringen Beweis antreten, insbesondere noch vorhandene Unterlagen vorlegen.

Im übrigen hat der Antragsgegner aus seinen Unterlagen festgestellt, daß am 30.3.1939 die Wohnungseinrichtung des Hauses Hamburg, Rondeel 37, an das Deutsche Reich - Reichsfiskus (Luftfahrt), vertreten durch das Luftgaukommando XI in Hannover, zu einem Kaufpreis von RM 25.000,-- verkauft wurde. Sofern diese Gegenstände in der Neuanschaffung beansprucht werden, dürfte in Ermangelung einer Entziehungshandlung des Deutschen Reichs ein Rückerstattungsanspruch entfallen.

Der Antragsgegner hatte weiter festgestellt, daß den Antragstellern durch Teilbeschluß vom 27.3.1951 wegen der Entziehung eines Versteigerungserlöses ein Ersatzanspruch in Höhe von RM 759,65 zuerkannt worden ist. Dieser Anspruch wurde durch Bescheid vom 29.8.1960 befriedigt. Sofern mit der Neuanschaffung beabsichtigt ist, Ersatz für die Gegenstände zu verlangen, die auf den o.g. Versteigerungserlös zurückzuführen sind, hat der Antragsgegner keine Bedenken, das alte Verfahren fortzusetzen. In dem alsdann eventuell zu erlas-

senden Beschluß wegen der Entziehung des Hausrats müßte der Betrag, der den Antragstellern im Bescheidsverfahren hierfür zuerkannt worden ist, abgesetzt werden.

Im Auftrag



(Schminke)
Regierungsassessor

Dres. SCHERZBERG, BUCH, SCHERZBERG, JOOST
RECHTSANWÄLTE

KONTEN:
DRESDNER BANK AG.,
Dep.-Kasse Rathausmarkt, Konto 60 897
DEUTSCHE BANK AG.
JOH. BERENBERG, GOSSLER & CO., Konto 4636
POSTSCHECK: HAMBURG 272 94

TELEGR.-ADR.: JUSTITIA HAMBURG
FERNSPR.: SAMMELNUMMER 34 63 55

JoJ

HAMBURG 11.
Alterwall 32

6. Juni 1961

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Z 23 176

S c h r i f t s a t z

in der Rückerstattungssache



Johanna Rappolt Nachlass ./.. Deutsches Reich
Oberfinanzdirektion Hamburg
/Dres. Scherzberg, Buch, 6/701-702 -UA 8 BV 45/451
Scherzberg, Joost/

Zu dem Schriftsatz der Oberfinanzdirektion Hamburg vom
26. Mai 1961 bemerken wir für die Antragsteller, dass
auf Anregung des Antragsgegners die Neuanschuldung erfolgt
ist wegen der eingezogenen RM 759.65.

Es handelt sich um die Versteigerung von Hausrat, jedoch
sah sich die Oberfinanzdirektion Hamburg wegen der
unglücklichen Formulierung des Teilbeschlusses vom
27. März 1951 nur in der Lage, 10 : 1 plus 25%
zu vergüten.

Da eine Bewertung stattfinden muss, wird gebeten,

den Rechtsstreit an die
Wiedergutmachungskammer zu
verweisen.

Der Rechtsanwalt

Ausgefertigt am

Gelesen am

Ab z. Zust./formlos (x)
am

12. Juni 1961

13. Juni 1961

Leinf

9/6.61

B.

V

1) D an Gg z. K.

2) z. Fr. (nach Eingang d. Substanz-Verkauf - verweisen!)

Geschäftsnummer:

57 V.R. 50 1943

(Lgb. C. 64/43)

Auf Antrag des Oberfinanzpräsidenten Hamburg, Vermögens-

24.11.26.16

Hg.

1) Bzgl. Abkl. von H. T. 17. 15. 26. ^{der 24. 11. 623/52} V. 11. 11. 11.

je 100 an OFD inner Art. Ver. 11.

mit folgenden Text:

Im ... die beglaubigte ...
Abkl. einer in in dem ... Verfahren
I 17 ~~15~~ 1754 - 6 - eingewirkte beglaubigte
Abkl. der ...
Der ... mit ...
Auftrag der OFD vom 26. 5. 61 ...
stellen, ob in vorliegenden Verfahren

mir für die in dem Verlegungsprotokoll
vom 18./19. Mai 1943 aufgeführten Gegenstände
die auch beibehalten werden. Andererseits möge
~~in geeigneter~~ die Entscheidung weiterer Jahre
in geeigneter Weise möglichst gemacht
werden.

Hierbei werden weiter gefordert, die benannten
Herrn Karl Knipplhans Nordgerman
zu befreiten. Diese wird anheim gegeben
die Möglichkeit ihrer Angaben an Eide, etc.
zu vermeiden.

2. KG trennen.

3. Klausel

→

h.

29. 6. 57

entst. ab 9. 29. 6. 57

Auszugsweise A b s c h r i f t

von Beglaubigter Abschrift

Bobsien

Hamburg, den 18. Mai 1943

Gerichtsvollzieher

19. Mai 1943

Geschäftsnummer:

57 V.R. 50 1943

(Lgb. C. 64/43)

Auf Antrag des Oberfinanzpräsidenten Hamburg, Vermögens-
verwertungsstelle, Hamburg, betr. Versteigerung der ab Lager
Transport-Krumpf eingelieferten Gegenstände der Johanna
Sara R a p p o l t, wohnhaft gewesen Hamburg, Heilwig-
straße 5 (Aktenzeichen: J 6/702) ist auf heute Termin zur
öffentlichen Versteigerung in den Versteigerungshallen des
Gerichtsvollzieheramts, Drehbahn 36,

2 1 Kasse	Kasse	8,--	1,25
3 1 Kasse	Kasse	7,--	1,25
4 1 Kasse	Kasse	30,--	4,50
5 1 Kasse	Kasse	8,25	1,25

1.120,20 168,05 Mark

Die Meistbietenden hatten sich zur Befriedigung der
Versteigerungstermine erklärt.

Beglaubigt

ges. Unterschrift

ges. Unterschrift

Beglaubigt

Unterschrift

Beglaubigt

Nr. Bezeichnung der Gegenstände Name des Erstehers Meistgebot
15% Kavelingsgeld

		RM Rpf.	RM Rpf.
1	Wäscheschrank	Nordenbruch	300,-- 45,--
2	1 eich. 3tlr. Bücherschrank	Schröder I	450,-- 67,50
3	1 Frisiertoilette	Helake II	100,-- 15,--
4	1 runder geschn. Tisch	Wulf V	75,-- 11,25
5	1 Messingbettstelle mit Auflagematratze	Pfeiffer L	100,-- 15,--
6	1 Nachtschrank	Miller	30,-- 4,50
7	1 Klapptisch, 1 Bock	Frau Hein Blankenese Strandweg 21	12,-- 1,8 unleserl
8	1 Stuhl	Böhl Otteesbeckallee 12	8,-- 1,20
9	1 kl. Bild, 1 Kristallschale	Kayssner	7,-- 1,05
10	5 Teile Vorhänge	Witte	30,-- 4,50
11	1 Messingkrone	Westby St. Georgstr. 9	8,20 1.25
		1.120,20	168.05 a.v.

Die Meistbietenden hatten sich vor Schluß des
Versteigerungstermins entfernt.

Beglaubigt 2. Juni 1940

gez. Unterschrift gez. Ostheimer

L.S.

Beglaubigt

Unterschrift

Zollinspektor

Beglaubigte Abschrift

B o b s i e n
Gerichtsvollzieher
57 D.R. Mr. 50/1943

Versteigerungsabrechnung

über die ab Lager Transport Krumpf eingelieferten
Gegenstände

der Johanna Sara R a p p o l t .

wohnhalt gewesen in Hamburg, Heilwigstraße 5.

(Aktenzeichen/ J 6/702 oder 6/707)

Bruttoversteigerungserlös vom 18. u. 19. Mai 1943# 1.120.20 RM

Hiervon sind abgesetzt:

6% Gebühren	67,30	
2% Versicherungs-		
kosten	2.25	69.55 "

die verbleibenden:		1. 050.65 RM
		=====

werden auf das Postscheckkonto der Oberfinanzkasse Hamburg,
Nr. 11656 (zum Kassenzeichen: J 6/702 oder 6/707) überwiesen.

Hamburg, den 9. Juni 1943

gez. Bobsien
Gerichtsvollzieher.

An den

Oberfinanzpräsidenten Hamburg
Vermögensverwertungsstelle,

H a m b u r g

Beglaubigt

Mönke dieck
als Urkundsbeamter d. Geschäftsstelle

L.S. Beglaubigt

Unterschrift

Zollinspektor



Dres. SCHERZBERG, BUCH, SCHERZBERG, JOOST
RECHTSANWÄLTE

KONTEN:
DRESDNER BANK AG.,
Dep.-Kasse Rathausmarkt, Konto 60 1817
DEUTSCHE BANK AG.
JOH. BERENBERG, GOSSLER & CO., Konto 4636
POSTSCHECK: HAMBURG 272 94

TELEGR.-ADR.: JUSTITIA HAMBURG
FERNSPR.: SAMMELNUMMER 34 63 55

Job

HAMBURG II,
Alterwall 32

12. Juli 1961



An das
Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer 2

2 Wlk 261/61-Z 23 176

In der Rückerstattungssache

Johanna Rappolt Nachlass ./.. Deutsches Reich
Oberfinanzdirektion Hamburg
6/701-702 - UA BV 45/451

/Dres. Scherzberg, Buch,
Scherzberg, Joost/

nehmen wir für die Antragsteller zu der richterlichen
Verfügung vom 29. Juni 1961 nebst Anlage wie folgt
Stellung :

- 1) Es wird hierdurch klargestellt, daß im Vorliegenden
Verfahren Schadensersatz ausschließlich verlangt wird
für die laut Protokoll des Gerichtsvollziehers Bobsien
am 18./19.5.1943 versteigerten Gegenstände.
- 2) Eine Beschreibung der Gegenstände ist den Antragstellern
nicht möglich. Es werden aber in besonderem Umschlag
als

- A n l a g e 5 -
(nur für das Gericht)

zwei Fotos aus der Wohnung der Rechtsvorgängerin der An-
tragsteller vorgelegt. Auf der Schlafzimmer-Aufnahme
ist die Messingbettstelle (Ziffer 5 des Versteigerungs-
protokolls) zu erkennen. Auf der Wohnzimmer-Aufnahme

3

ist der runde geschnittzte Tisch (Pos. 4 des Versteigerungsprotokolls) zu sehen.

- 3) Die Festsetzung des Wiederbeschaffungswertes mag nach den Erfahrungssätzen der Wiedergutmachungskammer erfolgen. Notfalls wird sich ein Sachverständiger zu der Bewertung zu äußern haben.
- 4) RM 759,65 werden gegenzurechnen sein.

Es wird beantragt,

den Rechtsstreit zur Feriensache zu erklären und Kammertermin oder Einzelrichtertermin anzuberaumen.

Der Rechtsanwalt

Anl.

Lump

In der - Rückerstattungs - Sache

Gegenwärtig:

1) Dr. ... Lilly R

2. 8. 1961

27

- A n l a g e 5 -

zum Schriftsatz an das Land-
gericht Hamburg, Wiedergutmachungs-
kammer 2 vom 12. Juli 1961

(2 Fotos)

Inhalt entnommen
in Anl. Leibesg. pp. zurück gewandt
D. Bl. 32 d. A

Kurzschritt aufgenommenen, aus der Anlage zum Protokol-
lichen

V e r g l e i c h ,
der vorgelesen und genehmigt wird.

[Handwritten signature]

Koch

Landgericht Hamburg

(24a) Hamburg, den 22. August 1961

Wiedergutmachungskammer 2 ~~WiK 261/61~~

2 WiK 261/61

Geschäfts-Nr.

Z 23 176

1) Ausfertigung an:

~~2. Instanz~~

~~1. Instanz~~

~~Urkunden~~

2) 1. Abschrift an

~~1. Instanz~~

~~1. Instanz~~

~~Grundbuchamt~~

Zur 1. Instanz

mit 16. 8. 61

3) Form B ab zum

Öffentliche Sitzung

In der - Rückerstattungs - Sache

Gegenwärtig:

Landgerichtsdirektor Schenck

als Vorsitzender

Landgerichtsrat Niemeyer

Gerichtsassessorin Lilie

als Beisitzer

Kochmann, Justizangestellte

als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

- 1) Dr. Alice Lilly R a p p o l t ,
68 East End Avenue, Chicago 49,
- 2) Erich Paul Rappolt, angeblich
jetzt Eric Gordon Rigby genannt,
"Sannox", Marsh Lane, London NW 7,
England

- als Erben zu je einem Halb nach
Johanna Rappolt geb. Oppenheim,
Antragsteller,

gegen Bevollmächtigte: Rechtsanwälte
Dres. Scherzberg pp., Hamburg 11,

gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch den Bundes-
minister für Finanzen, Verfahrensver-
treterin Oberfinanzdirektion Hamburg,
Hamburg 13, Harvestehuder Weg 14,
- 6/701-702-UA 8-BV 45/451 -

erscheinen bei Aufruf

Antragsgegner,

für Antragsteller Rechtsanwalt Dr. Joost,

für Antragsgegner Herr Klenner.

Zur Erledigung des Verfahrens schließen die Parteien den in
Kurzschrift aufgenommenen, aus der Anlage zum Protokoll ersicht-
lichen

V e r g l e i c h,

der vorgelesen und genehmigt wird.

[Handwritten signature]

2. 13. 10. 61

24. 8. 61

Rechtskraftzeugnis
ist der O.F.D.

am 2. Sept. 1961 erteilt

[Handwritten signature]
Justizamtmann

2 WiK 261/61

Z 23 176

Anlage zum Protokoll

vom 22. August 1961

in der Rückerstattungssache

Rappolt ./.. Deutsches Reich

V e r g l e i c h

- I. Der Antragsgegner zahlt an die Antragsteller zur gesamten Hand als Schadensersatz für die Entziehung von Hausrat gemäß Art. 26 Abs. 2 REG 2.800,-- DM abzüglich bereits gezahlter 94,96 DM, d.h.
2.705,04 DM (zweitausendsiebenhundertundfünf 4/100 Deutsche Mark).
- II. Die Erfüllung vorstehender Verbindlichkeit richtet sich nach den §§ 31 ff des Bundesrückerstattungsgesetzes vom 19. Juli 1957.
- III. Den Antragstellern bleibt vorbehalten, von diesem Vergleich bis zum 22. Oktober 1961 durch schriftliche Anzeige zur Gerichtsakte zurückzutreten.

Für die Richtigkeit der Übertragung
aus dem Stenogramm:

Kochmann

Justizangestellte als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle

Thein Brückhoff - Bl. 70 -

6. 9. 1961

Süß

Justizangestellte

Dres. SCHERZBERG, BUCH, SCHERZBERG,
JOOST, UNDRITZ
RECHTSANWÄLTE

KONTEN:
DRESDNER BANK AG.,
Dep.-Kasse Rathausmarkt, Konto 60 897
DEUTSCHE BANK AG.
JOH. BERENBERG, GOSSLER & CO., Konto 4636
POSTSCHECK: HAMBURG 272 94

TELEGR.-ADR.: JUSTITIA HAMBURG
FERNSPR.: SAMMELNUMMER 34 63 55

Job HAMBURG 11,
Alterwall 32

4. September 1961

An das
Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer 2



261/61
2 Wik ~~623/52~~
V/Z 1794 -6-

S c h r i f t s a t z

In der Rückerstattungssache

Johanna Rappolt Nachlaß ./.
/Dres.Scherzberg,Buch,
Scherzberg,JoostmUndritz/

Deutsches Reich
Oberfinanzdirektion Hamburg
- 6 / 701,702 - BV 414 -

verzichten wir hierdurch für die Antragsteller auf
die Ausübung des im Vergleich vom 22. August 1961
vorbehaltenen Rücktrittsrechts. Damit ist der Ver-
gleich perfekt.

Der Rechtsanwalt

Lump

✓ 2. 11. 61
2. 11. 61

5.9.61

21.11.61

SWK 267167

Hub... 8

24. 4 201/01

2. 705,08 DM

7. 22. 8. 61

Haus mit 6. Verleigerungsprotokoll St. 23/

s. auch Photographie Hille St. 27

(2.800,1.
94,96

Vergleichswert mit 2.700,- DM?

u. b. in dem früheren Verfahren waren hiermit
der Erlös 759,65 hieraus 1. Drittel Anteil

erhöht (10 : 1 + 25%) = 2. St. 11. 15, 16 d. 9

bei hieraus 94,96, DM wäre dem bei
obigen Vorgeh. bereits berücksichtigt.
Vorst. Einleitung.

16. 8. 61

175,97
+ 18,99
94,96

11,10
= 2.705,59 DM

Die erhaltenen Verleigerungsprotokolle sind im übrigen richtig.
Wenn kein Vergleich: Inventar - Gutachten

18/8/4
H

24 K 267167

Volume 8

De Russell - Michael
Ripley Eric Gordon

• 1. 21.11.

als fester zu 1/2 nach Johannes Kappold'sch Uffgekommen

Parteiangehörige Ausschließung vom Brief Nr. 314 wegen unangenehmsten
Eintrags von Harnisch: Jänner 1943.

in glycerine Bl. 10.

Vollkommen. 4. 10. 18. 19. 20.

Kelung ist eine der wichtigsten Häfen und Handelsknotenpunkte
auf der Insel. Es ist die Hauptstadt der Provinz Kelung.
Die Stadt ist 1884 gegründet worden (1884), der
Bau der Stadt ist 1884 abgeschlossen.

Wegen der an hiesigen Orten von verschiedenen Tieren vorrätig sein kann
Schadenstoffe enthält.

Vastagmargus jentilii - 1823 - Smith-Giles 1.9.6.2004

$(2\frac{1}{2}) \cdot 2.2960$ in

• 542 12

2. 800, 500, 100

Kyoto University - 2,800, 57th
94 96

74.98

9.705, 54 mg

125, 47

• 1892

54.96

Die einzelnen Körperarten ergreifen sind im 2. haupt recht geringfügig.
Wenn kein Kugelschuss: Intermet - festschreiben

1818